

Das ungarische „Wirtschaftswunder“ ist nicht nachhaltig *

András INOTAI

In letzter Zeit sprechen die ungarischen und teilweise auch die internationalen Medien immer wieder von den positiven wirtschaftlichen Entwicklungen in Ungarn. Tatsächlich stieg das BIP 2014 um 3,6%, die zweithöchste Steigerungsrate unter den EU-28 hinter Irland. Auch für 2015 wird ein Wachstum von 3,2% vorhergesagt, fast das Doppelte des Durchschnitts der EU-28. Als große Errungenschaft wird gesehen, dass Ungarn ein Jahrzehnt nach seinem EU-Beitritt 2004 das EU-Defizitverfahren beenden konnte, da das Haushaltsdefizit 2014 unter 3% des BIP lag (und wahrscheinlich auch 2015 liegen wird). Damit bewegt sich das Land im Mittelfeld der neuen Mitgliedsstaaten und eindeutig in vorderster Reihe aller EU-Mitglieder, nicht zuletzt im Vergleich zu den Ländern der Eurozone. Die offizielle Arbeitslosenrate ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Die Inflation liegt nahezu bei Null, was zum Teil auf die rasch fallenden Energiepreise und die schwache Inlandsnachfrage zurückzuführen ist. Der von der Ungarischen Nationalbank festgesetzte Leitzinssatz zeigt einen historischen Tiefststand. Gleichzeitig verzeichnet die Handels- und Leistungsbilanz große Überschüsse, was wiederum wichtig für die (Re-)Finanzierung der Auslandsschulden ist. Auch die Auslandsverschuldung, die sich – mit gewissen Schwankungen – zwischen 76 und 80% bewegt und damit die höchste der neuen Mitgliedsländer mit Ausnahme von Kroatien ist, ist rückläufig und der Druck der Refinanzierung hat sich im letzten Jahr entspannt. Und schließlich hat Moody's Ungarn nach langem Zögern in gewisser Weise höhergestuft, indem es den Ausblick von „negativ“ auf „stabil“ änderte, ohne Ungarn jedoch aus der Kategorie jener Länder zu nehmen, die für Investoren nicht empfohlen werden.

Andererseits scheinen die meisten international anerkannten Institutionen vom „Wunder“ im Allgemeinen und seiner Nachhaltigkeit im Besonderen deutlich weniger überzeugt. Es ist eine berechnete Frage, warum sich die internationalen Rating-Agenturen von den offensichtlich positiven wirtschaftlichen Entwicklungen in Ungarn nicht beeindrucken lassen und bis heute keine signifikante Höherstufung vorgenommen haben. Noch wichtiger ist, dass sich Ungarns Position bei verschiedenen internationalen Vergleichen verschlechtert hat. Im „Doing Business“-Ranking der Weltbank liegt Ungarn auf Platz 54 (unter 189 Ländern), aber nur auf Platz 128 beim Schutz von Investitionen. Beim Glücksindikator erreichte Ungarn Platz 110 unter 156 Ländern. Bei der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist der Rückfall alarmierend, von Platz 48 (unter 148 Ländern) im Jahr 2011 auf Plätze 63 in 2013. Außerdem führt der kürzlich veröffentlichte „Sustainable Governance Indicators“-Bericht mit Daten aus den 41 OECD-Ländern, der regelmäßig von der Bertelsmann-Stiftung herausgegeben wird, Ungarn auf Platz 41 was die Demokratie betrifft, auf Platz 35 im Hinblick auf die politische Performance (dabei Rang 38 was die Wirtschafts- und Rang 39 was die Sozialpolitik betrifft) und auf Platz 38 bei der Regierungsführung (dabei Rang 40 bei der Rechenschaftspflicht). Darüber hinaus hat auch der letzte Bericht (April 2015) der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer die „wundersame“ makroökonomische Entwicklung Ungarns ebenfalls nicht anerkannt. Im regionalen Vergleich liegt das Land weiterhin im (unteren) Mittelfeld, es fehlt das Vertrauen der Unternehmen und mehrere deutsche Unternehmen würden nicht wieder nach Ungarn gehen oder überlegen – wenn sie schon im Land sind – aufgrund der schwerwiegenden Einschränkungen und der höheren Steuern in den meisten Dienstleistungsbereichen (Bankwesen, Telekommunikation, Versorgungsunternehmen,

* Die leicht modifizierte und verkürzte Version des Originalaufsatzes auf Englisch (Looking behind the curtain: what about the Hungarian „economic miracle“?, Centre international de formation européenne (cife), Policy Paper, July 2015, http://www.cife.eu/en/5/policy-papers_88-1)

Einzelhandel) keine weiteren Investitionen. Fast jeden Tag hört oder liest man von Vorwürfen wegen Korruption, fehlender Transparenz oder unberechenbaren politischen Maßnahmen.

Wie lässt sich diese Diskrepanz erklären? Hat die ungarische Regierung nach 2010 wirklich ein „Wunder“ zustande gebracht, beruhend auf der oft zitierten „unorthodoxen Wirtschaftspolitik“? Und wenn ja, inwieweit ist dieses nachhaltig und was waren die Kosten für dieses „Wunder“ und werden es aller Wahrscheinlichkeit noch sein?

Faktoren für das BIP-Wachstum

Bevor wir näher darauf eingehen, muss gesagt werden, dass Ungarn – trotz des 3,6%-gen Wachstums in 2014 – noch immer nicht das Produktionsniveau aus der Zeit vor der Krise (2008) erreicht hat. Während Polen zwischen 2008 und 2014 ein kumulatives BIP-Wachstum von 17% und die Slowakei ein solches von 8% aufwies, lag die Zahl für Ungarn bei 98 (und jene der Tschechischen Republik bei 99). Als entscheidender Motor unter den Faktoren für das BIP-Wachstum erwiesen sich die Exporte, während die Inlandsnachfrage eine bescheidene Zunahme aufwies und die Investitionen sich immer noch nicht vom dramatischen Absturz nach 2008 erholen konnten und sich die Situation durch den antikapitalistischen „Freiheitskampf“ der Regierung nach 2010 weiter verschlechterte. Im Vergleich zu den Nachbarländern hinkte das Wachstum der ungarischen Exporte (10% zwischen 2008 und 2013) hinter den slowakischen (34%), polnischen (31%) und tschechischen (22%) Zahlen nach. Sogar in Ungarns Hauptexportmarkt Deutschland wurde die relative Position des Landes gegenüber Polen und der Tschechischen Republik geschwächt. Das exportgestützte Wachstum wurde zunehmend von einer strukturellen Verformung gekennzeichnet, bedingt durch die einseitige Konzentration auf den Fahrzeugbau (neues Mercedes-Werk, Audi, Suzuki). In der Folge ähnelte die zuvor gut diversifizierte Exportstruktur bald dem „Muster“ des Nachzüglers Slowakei und ist für den Fall einer neuerlichen Krise nicht nur leichter verwundbar, sondern auch der nächsten Welle chinesischer Exporte nach Europa – die zweifellos auch den bislang noch ausgesparten europäischen Automarkt betreffen wird – stärker ausgesetzt.

Ähnlich wie andere EU-Mitglieder, aber mit einer von der Politik lancierten Kommunikationsoffensive kündigte die ungarische Regierung 2012 seine „Politik der Öffnung nach Osten“ an. Das dieser zugrunde liegende Argument war richtig: Wenn die EU-Märkte stagnieren und eine kleine und offene exportgestützte Wirtschaft wachsende Märkte braucht, dann ist ein Schwenk hin zu Möglichkeiten außerhalb der EU, wie sie vor allem aufstrebende und sich rasch entwickelnde Märkte bieten, gerechtfertigt. Aus mehreren Gründen und trotz etwas nebulöser Verpflichtungen erwies sich die ungarische Politik als weniger erfolgreich. Zwischen 2008 und 2013 ging der Intra-EU-Anteil der EU-28 an den EU-Exporten von 67 auf 62% zurück, ein deutliches Zeichen für eine geografische Neuorientierung, ohne dass sich die Priorität der EU-Märkte verleugnen ließe. In Ungarn führte diese Verlagerung zu einem Rückgang der Intra-EU-Exporte von 78 auf 76% und einem Anstieg der Extra-EU-Exporte von 22 auf 24%. In anderen benachbarten Ländern war diese Verlagerung ohne jede politisch motivierte Kampagne erfolgreicher. Ungarns Exporte nach Asien machten 2011 6,6% der Gesamtexporte aus, 2014 lediglich 5%, ein klarer Beweis für das Scheitern dieser Offensive. Erfolgreicher war die Öffnung für Importe aus dem Osten. Aber nicht Importe von Waren, sondern den Import von antidemokratischen, antiwestlichen und anti-EU „Werten“. Erst jüngst wurde eine neue „Öffnung nach Süden“ (Afrika und Lateinamerika) angekündigt, mit einem Gesamtanteil von 2,1% an den ungarischen Exporten. Zu diesem Zweck werden in ausgewählten Ländern „Handelshäuser“ errichtet, ohne jegliche Kenntnis der Märkte und exportfähige Waren, aber mit sehr komfortablen Beschäftigungen für enge Freunde der Regierung. Dazu ist zu sagen, dass Ungarns Exporte außerhalb der EU

vorwiegend Güter betreffen, die von transnationalen Gesellschaften in Ungarn produziert werden (z. B. 90% der Exporte nach China). Oder in Ungarn erzeugte Waren werden zunächst nach Deutschland exportiert und gehen dann als Teil der deutschen Exporte in Drittländer.

Ein zweiter Faktor, der das BIP-Wachstum erklärt, ist die leichte Erholung des inländischen Konsums in den letzten zwei Jahren. Eine 4%-ige Einkommenssteigerung und dazu, vorwiegend bedingt durch die Halbierung der Ölpreise, nahezu keine Inflation waren mitverantwortlich dafür. Es gab jedoch noch andere Komponenten für die höhere Inlandsnachfrage, die in Zukunft schwerlich aufrechterhalten werden können.

Erstens, die Regierung hat – vor allem aus politischen Erwägungen (vor den Parlamentswahlen 2014) – die Preise für Versorgungsleistungen (Strom, Heizung, Wasser) für private Konsumenten gesenkt, damit den Haushalten mehr Geld bleibt (ohne die sozialen Aspekte zu berücksichtigen, ähnlich wie bei der Einführung der pauschalen Einkommensteuer in 2011). Die möglichen und sehr wahrscheinlichen Folgen geringerer Einnahmen sowohl für die Firmen, wie auch den Staatshaushalt, mit denen es kaum möglich sein wird, auch nur die wichtigsten Erhaltungsinvestitionen zu finanzieren, wurden nicht berücksichtigt. Weder die zusätzlichen Kosten für die Verstaatlichung früher international geführter öffentlicher Versorgungsunternehmen (ganz nach der Logik des „Freiheitskampfes“) wurden berechnet.

Zweitens, viele ungarische Haushalte wurden zu einem Wechselkurs von 256 HUF gegen 1 CHF aus der vor allem mit dem Schweizer Franken zusammenhängenden Schuldenfalle gerettet, bevor die Schweiz im Jänner 2015 ihre an den Euro gebundene Wechselkurspolitik aufgab. Zuvor wurde jedoch vielen Politikern (von unterschiedlichen Parteien) die Möglichkeit geboten, den gleichen Umtausch zu einem Wechselkurs von 180 HUF für 1 CHF vorzunehmen. Neulich wurden Schuldner in Schweizerfranken außerhalb des Wohnbausektors (z. B. Autokäufer) in das Umtauschprogramm einbezogen. Dem ist hinzuzufügen, dass nur das Projekt der Rettungskäufe den Bankensektor ungefähr 2 Mrd. Euro gekostet hat und durch die offiziellen Reserven der Ungarischen Nationalbank finanziert werden musste.

Drittens, das historisch niedrige Zinsniveau für traditionelle Spareinlagen (berücksichtigt man die Bankspesen, so liegen die Zinsraten praktisch bei Null oder sind sogar negativ) hat zu einem massiven Abfluss von Geld sowohl in den Euro (Kapitalflucht) als auch in alternative Investitionen wie den Wohnbau (die Immobilienpreise sind in den letzten Jahren um 20% gestiegen), langlebige Verbrauchsgüter, Staatsanleihen, Aktien geführt. Zumindest was die beiden Letzteren betrifft geht das Risiko weit über den finanziellen Bereich hinaus.

Der kritischste Punkt an dem „Wunder“ ist die geringe Investitionstätigkeit. Tatsächlich liegt die Investitionstätigkeit trotz des spektakulären Anstiegs von überwiegend von der EU finanzierten öffentlichen Investitionen immer noch weit unter den Zahlen von 2008. Abgesehen von einigen großen privatwirtschaftlichen Investitionen in der Autoindustrie, die auf Vereinbarungen zurückgehen, die bereits vor 2010 unterzeichnet wurden (Mercedes, Audi), gibt es praktisch keine privaten Investitionen. Dieses Fehlen von Investitionen, das auf den Verlust des Vertrauens sowohl möglicher ausländischer als auch heimischer Investoren zurückzuführen ist, gefährdet die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit ernsthaft, da kleine, aber stetige „Modernisierungsinvestitionen“ für eine dauerhafte Erhöhung einer wettbewerbsfähigen Produktion sowie von Dienstleistungstätigkeiten erforderlich wären.

Zusammenfassend scheint das ungarische „Wachstumswunder“ aus mehreren Gründen nicht nachhaltig zu sein.

Erstens, die landwirtschaftliche Produktion verzeichnete 2014 einen Rekord (mit rund 5% des BIP), der heuer nicht wiederholt werden kann (bereits im ersten Quartal 2015 ging die landwirtschaftliche Produktion um 12% zurück und die Dürre mag einen Ernteausfall von 40 Prozent bei Mais und Sonnenblume bewirken).

Zweitens, die Autoindustrie (vor allem aufgrund des sogenannten Mercedes-Effekts) steuert auf ihren Spitzenwert zu (es wird in drei Schichten rund um die Uhr gearbeitet). Andere Industriesektoren als mögliche zukünftige Wachstumsmotoren der verarbeitenden Industrie sind nicht in Sicht.

Drittens und am allerwichtigsten, EU-Gelder waren der entscheidende Antrieb für dieses „wundersame“ Wachstum zwischen 2013 und 2015. Aus der im mehrjährigen Finanzrahmen (Multiannual Financial Framework; MFF) für die Jahre 2007–2013 bereitgestellten Gemeinschaftshilfe bekam Ungarn rund 23 Mrd. Euro oder mehr als 3 Mrd. Euro pro Jahr. Von dieser Summe wurde jährlich rund 1 Mrd. Euro als Ungarns Beitrag zum gemeinsamen Budget abgezogen. Da das vorhandene Geld aufgrund sowohl von Haushaltsvorschriften als auch der Nachlässigkeit der ungarischen Regierung nach dem politischen Wechsel 2010 nicht gleichmäßig über die Jahre verteilt ausgegeben wurde, wurde ein Großteil in den letzten drei Jahren verbraucht (2013–2015; wobei 2015 das letzte Jahr für den Zugang zu Geldern aus der MFF-Periode 2007–2013 war). Man kann davon ausgehen, dass von 2013 bis 2015 durchschnittlich mehr als die jährliche Summe von 3 Mrd. Euro ins Land flossen. Das sind zumindest 3% des ungarischen BIP. Allein die EU-Transferzahlungen konnten also eine statistische Wachstumsrate von 3% bewirken. Diese „Honeymoon“-Zeit wird mit Ende 2015 aber vorbei sein. Natürlich wurde bereits ein neuer Kanal für Transferzahlungen aus dem mehrjährigen Finanzrahmen 2014–2020 geöffnet, aber der Zugang zu Geld wird eine längere Vorbereitungszeit erfordern. Daher werden die neuen Gelder erst langsam zu fließen beginnen und der Betrag wird zumindest 2016 und vielleicht auch 2017 sicher unter dem Durchschnittswert (immer noch rund 3 Mrd. Euro jährlich) liegen. Außerdem wurden einige Spielregeln geändert und statt einer einseitigen Unterstützung wird ein Teil der Transferzahlungen an die EU rückerstattet werden müssen. Darüber hinaus muss sich die Regierung auf einen wechselseitigen Geldfluss vorbereiten, laufen doch derzeit einige von Brüssel angestrebte Verfahren und Untersuchungen. Und es dürften aufgrund der von Ungarn gesetzten und politisch motivierten Maßnahmen, die mehrere grundlegende EU-Wettbewerbsregeln verletzen (vom Einzelhandel über Energie zu verschiedenen Dienstleistungen), und der bereits durch OLAF (Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung) initiierten Anti-Bestechungs-(Anti-Korruptions-)Untersuchungen (darunter eine gegen den Schwiegersohn des Ministerpräsidenten) noch mehr werden. Alles in allem ist es nicht unwahrscheinlich, dass die EU-Netto-Transferzahlungen an Ungarn 2016 praktisch bei Null liegen werden (oder aufgrund höherer Straf- als Transferzahlungen sogar negativ ausfallen können). Das Schlüsselement des „Wirtschaftswunders“ wird jedenfalls abhanden kommen, mit schwerwiegenden Folgen für das Bauwesen und teilweise die öffentlichen Arbeiten, weil beide Bereiche fast ausschließlich mit EU-Geldern finanziert wurden. Auch der Sektor der Klein- und Mittelbetriebe könnte hart getroffen werden, da zwischen 2007 und 2013 rund 80% ihrer gesamten externen Finanzierung aus EU-Transferzahlungen kamen. Die einzige Ausnahme wird die weiterhin anhaltende direkte Unterstützung der Landwirtschaft sein, ist es doch ein zentrales politisches und wirtschaftliches Anliegen der derzeitigen Regierung, enge Gefolgsleute zu Landbesitzern zu machen.

1. Verringerung des Budgetdefizits

Auf den ersten Blick scheint die Verringerung des Budgetdefizits auf unter 3% des BIP eine Erfolgsgeschichte zu sein. Die Art und Weise jedoch, wie dies erreicht wurde, stellt nicht nur die Nachhaltigkeit dieses „Wunders“ infrage, sondern hat auch die mittel- und langfristigen Wachstumsaussichten Ungarns untergraben.

Erstens, eine der ersten Maßnahmen der „unorthodoxen“ Wirtschaftspolitik war die Einführung von Sonder- und wiederholt auch diskriminierenden Steuern für ausgewählte Sektoren, die vor allem von ausländischen Firmen dominiert wurden (Energie, Telekommunikation, Einzelhandel, Banken). Außerdem sind mehrere gerichtliche Verfahren anhängig, denn die Unternehmen haben die Regierung bei den entsprechenden EU-Körperschaften wegen Verletzung der Grundregeln des Wettbewerbs angezeigt. Einige Urteile sind bereits ergangen, welche die ungarischen Behörden dazu verpflichten, die Wettbewerbsbedingungen wiederherzustellen und/oder Entschädigungen zu zahlen. Viele weitere dürften folgen. In den letzten Jahren wurden etwa 70 neue Steuern eingeführt, von denen die meisten den normalen Geschäftsbetrieb erschweren oder Investitionen sogar unmöglich machen.

Zweitens, als einen der ersten Schritte hat die Regierung – was in jedem demokratischen Land unvorstellbar wäre – 2011 in einem Handstreich die privaten Pensionsfonds mit rund 11 Mrd. Euro (oder 10% des ungarischen BIP) verstaatlicht. Da es keine massiven Proteste der 3 Millionen in dieses System eingebundenen Menschen gab (ein Thema, das Licht auf einen der wichtigsten nicht-wirtschaftlichen Faktoren des „Wirtschaftswunders“ wirft), hat die Regierung den berechtigten Schluss gezogen, dass sie, wenn eine solche Maßnahme keinen Widerstand hervorruft, praktisch alles tun kann, solange sie an der Macht ist. Bis heute wissen wir nicht, was mit diesem Geld geschehen ist. Sehr wahrscheinlich wurde ein Teil zur Budgetkonsolidierung verwendet und ein anderer zur Verringerung der Auslandsverschuldung – mit sehr unklaren Ergebnissen. Wir wissen nicht, ob noch Geld für eine weitere Budgetkonsolidierung vorhanden ist.

Drittens, auf der Ausgabenseite des Budgets wurden drastische Kürzungen vorgenommen. Einerseits hat die Einführung der pauschalen Einkommensteuer (wirtschaftlich unvernünftig und sozial unmoralisch) zu einem Rückgang der Haushaltseinnahmen von rund 2 Mrd. Euro geführt. Dieses Loch musste durch anderweitige Einnahmen und besondere Einsparungen gestopft werden. Neben einer Reihe von Bereichen, in denen Sozialleistungen und Arbeitslosenunterstützungen gekürzt wurden, was beides zu einem Anstieg der Armut und einer Vergrößerung der Einkommenskluft sowie der sozialen Spaltung in der ungarischen Bevölkerung geführt hat, sind die weitestreichenden negativen Folgen in den dramatisch unterfinanzierten Bereichen Gesundheit und Bildung zu sehen. Die Budgetposten für beide wurden Jahr für Jahr gekürzt und 2016 gibt es nur für diese beiden Bereiche eine (sogar nominelle) Budgetkürzung – gegenüber einem drastischen Anstieg der Ausgaben für Polizei und die Bekämpfung von terroristischen Aktivitäten. Außerdem wurde das Erziehungswesen praktisch verstaatlicht und der verpflichtende Schulbesuch auf das Alter von 16 Jahren gesenkt – um eine breite Masse von ungelernten Arbeitern zu schaffen, die, wie die Regierung glaubt, in ein modernes „Sklavensystem“ passt oder darauf zugeschnitten werden kann. Auch damit versucht man den gewünschten Hintergrund für ein autoritäres Langzeitregime zu schaffen. Statt steigenden Zahlen von Universitätsstudenten wurden verschiedene Fachrichtungen gestrichen (z. B. Internationale Beziehungen), renommierte Universitäten werden aufgesplittet und neu organisiert (der entsprechende Regierungserlass dürfte noch vor Ende August veröffentlicht werden). In Summe sind die Grundlagen des Landes im Hinblick

auf die Humanressourcen, den wichtigsten Faktor für eine mittel- und langfristig nachhaltige Entwicklung, und die internationale Wettbewerbsfähigkeit in dramatischer Weise bedroht.

2. Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit

Auf den ersten Blick zeigt auch der Arbeitsmarkt eine positive Entwicklung. Laut den offiziellen Statistiken ist die zuvor zweistellige Arbeitslosenrate auf 7% gesunken, während die Langzeit- sowie die strukturelle Arbeitslosigkeit weiterhin hoch bleiben und die Erwerbsquote der Bevölkerung mit 67% immer noch unter dem Durchschnitt der EU-28 liegt (72,3%), ganz zu schweigen von der Tschechischen Republik (73,5%), Österreich (75,4%) oder Deutschland (77,7%).

Bei näherem Hinsehen spiegelt das „Beschäftigungswunder“ die klassische Art der bewussten Fehlkommunikation seitens der Regierung wider.

Erstens, die Beschäftigungszahlen umfassen auch die meisten im Ausland arbeitenden ungarischen BürgerInnen. Ihre Zahl ist in den letzten fünf Jahren sprunghaft auf 400.000–500.000 Menschen gestiegen (etwa 4–5% der Gesamtbevölkerung bzw. 7–9% der erwerbstätigen Bevölkerung). Das ist zweimal so viel wie die Zahl der Emigranten nach der Revolution von 1956. Tatsächlich war Ungarn in der Vergangenheit kein Auswanderungsland (wie Polen, Ex-Jugoslawien oder das Baltikum). Selbst nach dem EU-Beitritt 2004 blieben die Abgänge vom ungarischen Arbeitsmarkt bescheiden und konzentrierten sich auf höher qualifizierte Sektoren (Computertechniker nach Irland und ins Vereinigte Königreich, Ärzte nach Schweden) oder das Auspendeln in österreichische Grenzregionen. Zu einer drastischen Wende kam es 2010, und diese kann kaum ausschließlich auf wirtschaftliche Gründe zurückgeführt werden. Nach einstimmiger Ansicht waren das zunehmend einengende politische und menschliche Klima und ein wachsendes Gefühl der Abstumpfung, Frustration und Hoffnungslosigkeit die treibenden Motive, das Land zu verlassen. Als Folge macht sich bereits heute in vielen Sektoren das Fehlen von qualifizierten Arbeitnehmern bemerkbar. Schon in naher Zukunft könnte dies zu einem der Haupthindernisse werden, um ausländisches und heimisches Kapital anzuziehen, die wirtschaftlichen Aktivitäten anzukurbeln und die internationale Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten (über die nur zu gut bekannte antikapitalistische Politik der Regierung hinaus).

Zweitens, die Beschäftigungszahlen umfassen auch Menschen, die bei öffentlichen Arbeiten beschäftigt sind. Auch wenn nichts dagegen gesagt werden kann, Arbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern (fast zur Gänze durch EU-Gelder finanziert), ähneln die entwürdigenden Bedingungen dieser Arbeiten mehr einem „Arbeitslager“ als einer normalen Anstellung. Diese überwiegend unqualifizierten Menschen können nicht ohne Ausbildung, Weiterbildung und Umschulung in einen wettbewerbsorientierten Arbeitsmarkt integriert werden. Die derzeitigen Programme für öffentliche Arbeiten sehen aber nichts Derartiges vor.

Drittens, der private Sektor (mit Ausnahme des „einer-für-alle“-stehenden Einflusses der Automobilindustrie) bietet aufgrund der unberechenbaren Zukunft, fehlender finanzieller Mittel und manchmal auch fehlender verlässlicher Arbeitskräfte keine weiteren Arbeitsstellen.

Schlussbemerkungen

Aus einer Reihe von Gründen, die in diesem Beitrag ausgeführt wurden, ist das ungarische „Wirtschaftswunder“ nicht nachhaltig. Tatsächlich war es nie ein „Wunder“, wie die makrostatistischen Zahlen zeigen und die ständige Regierungspropaganda uns weismacht. Einmalige Wachstumsfaktoren können nicht wiederholt oder beibehalten werden. Die

wirkliche Frage ist, wann und in welcher Form die fehlende Zukunftsfähigkeit der derzeitigen Wirtschaftspolitik zutage treten wird. Je mehr das „Wunder“ um jeden Preis künstlich am Leben erhalten wird, desto höher werden die Kosten dafür sein und desto geringer die Chancen, einen wirtschaftspolitischen Weg zu finden, der größere Nachhaltigkeit sowie den Wiederaufbau der Wettbewerbsfähigkeit bietet und mehr soziale Gerechtigkeit schafft. Der Erfolg hängt jedoch nicht mehr von einer rationalen Wirtschaftspolitik ab, sondern von der Anpassungsfähigkeit der ungarischen Gesellschaft und ihrer Bereitschaft, ihre Mentalität und ihr Verhalten zu ändern. Leider war das bedeutendste Opfer des Wirtschaftswunders eine geistig verseuchte Gesellschaft – und sie kann sich in der Zukunft als Haupthindernis für einen gesunden, wenn auch kostspieligen Wandel erweisen.

Budapest, den 29. August, 2015